

Welche Befugnisse sich daraus für den König ergaben, in welchem Stadium der Wahl und in welcher Form der königliche Einfluß geltend zu machen war, ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Wenn aber R. glaubt, daß diese königliche Präsenz durch eine auch durch Legaten ausübbare Präsenz des Papstes in Schach gehalten werden sollte, wenn er annimmt, daß durch die königlicherseits zugestandene kanonische Vornahme der Wahlen die Möglichkeit päpstlicher Beeinflussung derselben — etwa im Sinne des Wahlkanons von 1080 — staatliche Sanktion erhalten habe, so ist diese Auffassung nicht richtig. Den Schlüssel hierfür bietet uns der im Frühjahr 1907 erschienene, oben in der Titelfrubrik genannte Aufsatz Bernheims. R. gelangte zu seiner Annahme durch den Bericht, den Erzbischof Adalbert von Mainz über die Wormser Verhandlungen dem Papste einsandte. Nun ist aber nach den von Bernheim in Paris gepflogenen Erhebungen festgestellt worden, daß in dem Kodex des Annalisten Saxo, in dem dieser Brief Adalberts zum Jahre 1122 nachgetragen ist, das fragliche Wort mit „presentie“ zu lesen ist. Dies ergibt für die Stelle einen anderen Sinn. Nicht in einer Anwesenheit des Papstes bei den Wahlen als Gegengewicht für die dem Könige zugestandene, von ihm persönlich oder durch Stellvertreter auszuübende Präsenz erblickt Adalbert eine Remedur gegen den von ihm verabscheuten weltlichen Einfluß in Wahlsachen, sondern von einer eventuellen Beendigung des Konkordats durch den Papst erhofft er die Beseitigung dieses Übels. Halten wir daran fest, dann müssen wir mit B. der Auffassung entgegenreten, die R. wenigstens der klerikalen Partei damals zumißt, es habe das Konkordat in Wahlsachen den überlegenden päpstlichen Einfluß endgiltig festgelegt. Vielmehr war gerade die „praesentia regis“ und ihre Handhabung, wie sich schon unter Heinrich V. zeigte, auch auf dieser Seite als ein Mittel empfunden worden, das dem Königtum einen gewaltigen Einfluß auf die Wahlen sichern konnte. Diese Deutung der Stelle in Adalberts Bericht lehrt uns aber auch die Aktion der Kirchenpartei gegen das Konkordat selbst besser verstehen. Wir wissen jetzt, warum sie sich in der Hauptsache gegen dieses Präsenzrecht des Königs richtete, und anschaulich beleuchtet dies B. insbesondere an dem Verhalten des Erzbischofs Konrad von Salzburg.

Innsbruck.

A. v. Wretschko.

Miloslav Stieber, Privatdozent der Rechtsgeschichte an der böhmischen Universität in Prag, Das österreichische Landrecht und die böhmischen Einwirkungen auf die Reformen König Ottokars in Österreich (Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs, herausgegeben von Prof. Dr. Alfons Dopsch, Heft 2). Innsbruck, Verlag der Wagner'schen Universitätsbuchhandlung. 1905. IX und 154 S.

In seiner tschechisch geschriebenen Arbeit: „Zur Entwicklung der Gewährleistung“ (1901) trachtete Stieber u. a. darzutun, daß die Gerichtsverfassung Ottokars für Österreich unter böhmischem Einfluß stehe, und im Anschlusse daran versuchte er eine neue Datierung der kürzeren Fassung des österreichischen Landrechts (sog. LR I). Die vorliegende, auf Veranlassung von Dopsch entstandene Publikation ist eine revidierte deutsche Ausgabe dieser Partien der tschechischen Schrift. Da über die letztere durch Timotheus Freiherrn von Rieger in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung XXIV 154 ff. sehr eingehend berichtet worden ist, so genügt jetzt die Hervorhebung der wichtigsten Punkte der Frage, insbesondere nach der deutschen Umarbeitung der Ausführungen Stiebers.

Zunächst, was die Datierung des österreichischen Landrechts betrifft. Stieber übernimmt von Dopsch und der herrschenden Lehre die Auffassung, das LR II (längere Fassung) sei eine Landesordnung Ottokars von 1266. In LR I (kürzere Fassung) aber sieht er eine jüngere Quelle als LR II: in der tschechischen Arbeit eine Quelle aus der Zeit nach dem Sturze Ottokars oder nach der Verkündigung des Rudolfinischen Landfriedens, in der deutschen Umarbeitung eine Formulierung direkt aus dem Jahre 1295.

Die Hauptpunkte seines nicht gerade musterhaft angeordneten und dargestellten Gedankenganges sind etwa folgende:

LR II (= Landesordnung Ottokars von 1266) stammt aus dem Mainzer Landfrieden von 1235 bzw. dem Landfrieden Ottokars von 1254 direkt, nicht durch Vermittlung von LR I. Damit fällt ein Grund für die Priorität des letzteren.

LR I charakterisiert sich durch die darin vorkommenden Wendungen: „unsern hulden“, „uns“, nicht als schlichte Aufzeichnung von Gewohnheitsrecht, sondern als Derivat einer gesetzlichen Quelle, bei deren Umarbeitung solche Worte stehen geblieben sind. Diese Quelle können nur LR II (= Landesordnung Ottokars von 1266) und der Landfriede Ottokars von 1254 sein (S. 13). Mit anderen Worten: LR I kann nicht, wie angenommen wird, das erste Glied, sondern nur das letzte Glied in der Kette der fraglichen Rechtsquellen sein.

Durch eine Zusammenstellung des Plus und Minus zwischen LR I und LR II stellt Stieber fest, daß die Verschiedenheiten der kürzeren Fassung zuungunsten des Landesherrn und zugunsten der Landherren hinauslaufen, daß daher „die Herstellung der kürzeren Fassung im Interesse der Landherren vorgenommen wurde“ (S. 47). Unter Benutzung der Beobachtungen und Ausführungen von Siegel, Rößler und Luschin — hauptsächlich auf Grund der steirischen Reimchronik — sieht Stieber in den Revisionsarbeiten von 1295 nicht mit Luschin die Abfassung der umfangreicheren Form des Landrechts (LR II), sondern die der kürzeren Gestalt, des LR I.

Der Gedankengang scheint mir beachtenswert. Er legt sich jedenfalls nahe, wenn man die Datierung des sog. LR II (längere Fassung) durch Dopsch in das Jahr 1266 akzeptiert und dabei auch

den besonderen, eindringlichen Ausführungen v. Luschins voll gerecht zu werden trachtet. Zur Entscheidung der Frage ist aber wohl noch eine eingehendere Durcharbeitung, insbesondere eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Luschin nötig. Was Stieber an Argumenten aus der Rechtsgeschichte Böhmens beibringt, ist nicht durchschlagend.

Damit komme ich zum weiteren Kardinalpunkt der Arbeit, den Ausführungen Stiebers über die Abhängigkeit der österreichischen Zustände von den „böhmischen“. Hier muß ich zunächst den in der Literatur wiederholt gerügten methodischen Unfug zurückweisen, daß das Wort „böhmisch“ einmal in territorialem, ein andermal in nationalem Sinne als gleichbedeutend mit tschechisch gebraucht wird. Das führt notwendig zu Unklarheiten. Ich will im folgenden ohne derartige Zweideutigkeiten die Ausführungen des Vf. zu erörtern versuchen. Stieber will im ganzen dartun, daß Ottokars Reformen in Österreich auf Erscheinungen der Rechtsgeschichte Böhmens und diese auf tschechische Grundlagen zurückgehen. Diese Ausführungen sind aber wenig überzeugend.

Ausgangspunkt ist ein böhmischer „Landtagsbeschluß von ca. 1265“. Dieser Landtagsbeschluß ist bloß in dem Formelbuch des Henricus Italicus (1283—1293 oder 1287¹⁾) erhalten und erwähnt als Datierung nur den Andreastag (= 30. November) ohne Angabe eines Jahres. Er wird wegen der darin enthaltenen Fouragierungseinschränkungen von Jireček Codex iuris bohemici I 156 etwa in das Jahr 1266 verlegt, da nach der Continuatio Cosmae in den Jahren 1265 und 1266 das gegen Baiern ausgezogene Heer in Böhmen großen Schaden angerichtet habe. Stieber hat in seiner angeführten tschechischen Abhandlung S. 182 diese Datierung in das Jahr 1266 glatt übernommen, ohne zu bedenken, daß dann das LR II aus der Zeit vor Juni 1266 dem Landtagsbeschluß vorgehen mußte. Das ist eine wenig Vertrauen erweckende Methode. Der Lapsus ist schon durch v. Rieger a. O. S. 153f. gerügt, der bei der Gelegenheit bemerkte, „man könnte den ‚Landtagsschluß‘ auch in den November 1265 legen, da er von künftigen militärischen Expeditionen spricht und zugleich die anlässlich der vorausgegangenen Expedition entstandenen Schäden erwähnt, und .. bereits 1265 eine starke böhmische Streitmacht nach Baiern gesendet wurde“ etc. Rieger wies also auf die Möglichkeit hin, das verfehlete Argument Stiebers zu retten. Stieber aber spricht in der vorliegenden erweiterten Ausgabe, ohne die für ihn grundlegenden Datierungsschwierigkeiten und die Vorhaltungen v. Riegers auch nur zu erwähnen, unter einfacher Zitierung des Riegerschen Aufsatzes glattweg von einem „Landtagsbeschluß von ca. 1265“, ja häufig sogar apodiktisch von einem „Landtagsbeschluß vom Jahre 1265“. Das grenzt doch fast an eine Irreführung des Lesers. Jedenfalls ist das Argument aus der Datierung des böhmischen Landtagsbeschlusses (1265) und des LR II (1266) sehr problematisch.

¹⁾ Nach Voigt im Archiv f. Kunde öst. G.-Qu. XXIX (1863) S. 12.

Stieber greift auch noch tiefer. Ottokars Reformen in Österreich sollen inhaltlich zum guten Teil auf böhmische resp. tschechische Vorbilder zurückgehen. Der Gedanke ist in dieser oder jener Form auch schon vorher vermutungsweise ausgesprochen worden. Ich selbst stehe ihm nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Aber eine methodische, umfassende, eingehende, präzise Untersuchung ist nötig. Stieber will etwas Derartiges unternehmen. Aber was er bietet, sind bloß mehr oder minder diskutabile Einfälle. Das Ganze ist nicht gehörig ausgereift. Vf. bringt zunächst einen Überblick über „das böhmische Vorbild der österreichischen Reformen Ottokars“ (S. 64 ff.) und versucht dann (S. 117 ff.) die Gerichtsreformen Ottokars damit in Beziehung zu setzen. Da die Ausführungen zum guten Teil recht fragwürdig sind, glaube ich von einer eingehenden Auseinandersetzung an dieser Stelle absehen zu dürfen, um so mehr als diese Zeitschrift für Fragen nicht-deutscher Rechtsgeschichte wenig Platz hat. Ich will nur einige drastische Fälle zur Rechtfertigung meines zurückhaltenden Urteils herausgreifen. So glaube ich kaum, daß die Darstellung über die *supani* und *milites* einen den Dingen etwas näher stehenden Fachmann befriedigen dürfte. Als recht groben Verstoß hebe ich hervor etwa die Darstellung S. 91. Der Unterschied zwischen den *Supanen* und dem höheren Adel sei deutlich erkennbar, arg. Reg. Boh. I Nr. 911 (1237): *universis suppanis et nobilibus nec non cunctis incolis provinciarum*. Aus der Reihenfolge dieser Aufzählung ergibt sich aber durchaus nicht, wie St. will, daß die *supani* gegenüber den *nobiles* den niederen Adel bilden. Beide werden vor den *incolae*, aber die *nobiles* nach den *supani* genannt. So darf man also nicht argumentieren. Ein anderes Beispiel! S. 84 heißt es: „Man leitet das Wort „*župan*“ von der *župa* ab: Dies ist kein slavisches Wort. Es soll von dem Sanskritworte „*gōpa*“, griechisch *γοπή* herkommen . . .“ Als Gewährsmann wird bloß Brandl in seinem Glossar angeführt. Das ist wahrlich eine etwas kindliche Behandlung dieser nebenbei bemerkt als recht schwierig bekannten Fragen. Oder aber ein Beispiel aus der auch im ganzen sehr anfechtbaren Darstellung des Verfahrens mit sok, etwa S. 99 Anm. 2. Im Text heißt es, daß wahrscheinlich die Einwohnerschaft zusammengerufen und inquiriert worden sei, während in dem Zitat „die Frage direkt an die Verschwörer“ (so Stieber selbst) geht. Die Theorie, der spätere *Poprawze* sei aus einem derartigen sok entstanden oder das österreichische Marschallamt stehe unter dem Einfluß des böhmischen Oberstburggrafen, hängt in der Luft.

Auch die Behandlung der Literatur zeugt nicht von besonderer Gründlichkeit. Schriften, wie die von Müllenhoff, Rich. Schmidt usw. scheint Vf. nicht nachgeschlagen zu haben. Andererseits wird aus der tschechischen Literatur Veraltetes oder von vornherein Wertloses reichlich zitiert. Eigenartig ist die Stellung Stiebers gegenüber meinen Untersuchungen zur altböhmischen Verfassungsgeschichte. Insbesondere nach der heftigen, bis in die populären Kreise hinein getriebenen Agitation gegen das Buch, und nach mehrfachen Äußerungen der Stieber-

schen Schrift selbst kann ich nicht annehmen, daß meine Ausführungen dem Vf. unbekannt geblieben wären. Es wäre dem literarischen Anstand gemäß gewesen, wenn er an den entsprechenden Stellen seiner Arbeit darauf verwiesen hätte.

Münster i/W.

H. Schreuer.

Sander, Paul: Feudalstaat und Bürgerliche Verfassung. Ein Versuch über das Grundproblem der deutschen Verfassungsgeschichte. Berlin 1906, A. Barth. 8°. S. VIII und 196.

Das „Grundproblem“ der deutschen Verfassungsgeschichte, das der Verfasser zu lösen unternimmt, ist die Umbildung der mittelalterlichen Feudalverfassung in die moderne staatsbürgerliche Verfassung durch das Mittelglied der mittelalterlichen Stadtverfassung. Der Verfasser sieht die Lösung dieses Problems nicht als eine spezifisch „rechtsgeschichtliche“ Aufgabe an. Einseitig rechtsgeschichtliche Betrachtungsweise trage vielmehr die Schuld daran, daß die Lösung bisher nicht gelungen sei. Darum will er eine allgemeingeschichtliche Untersuchung an die Stelle setzen. Das innere Wesen des Gegensatzes zwischen mittelalterlicher und moderner Staatsauffassung will er ergründen. Auf „Sinn und Eigenart der Staatsschöpfungen selbst“ will er den Blick richten (S. 3). „Die Frage nach dem rechtlichen Ursprung der jeweilig vorhandenen Verfassungseinrichtungen hat hier zurückzustehen hinter der sehr viel umfassenderen Frage nach ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen und ihren kulturellen Folgen“ (S. 52).

Indes kann doch ihrem Kern nach Verfassungsgeschichte nichts Anderes als Rechtsgeschichte sein! Denn da Verfassung rechtliche Organisation eines gesellschaftlichen Ganzen ist und jede Verfassungsänderung sich durch Umwandlung der geltenden Rechtsätze vollzieht, bildet den Gegenstand der Verfassungsgeschichte das Vergehen von altem und das Werden von neuem Recht. Der Verfasser scheint freilich anzunehmen, daß der Begriff der Verfassung vor und außer dem Begriff der „rechtlichen Ordnung“ existiert, von Hause aus nur eine „faktische Bedeutung“ hat und erst sekundär die Bedeutung eines Systems von Rechtsregeln gewinnt (S. 49 ff.). Allein diese Vorstellungsweise fließt aus einer unrichtigen Grundauffassung vom Wesen des Rechts, das er erst aus der Transformierung der Gewalt als „Veredelung des Zwanges“ hervorgehen läßt (S. 39–44) und so in seiner Ursprünglichkeit verkennt. Was der Verfasser als rein „rechtsgeschichtliche“ Behandlung ablehnt, ist denn auch im Grunde nur eine rechtsgeschichtliche Methode, die das juristische Element in unzulässiger Weise isoliert. Zutreffend bekämpft er die Auffassung, als lasse sich die Verfassungsentwicklung aus einer logischen Entfaltung der Rechtsbegriffe erklären. Vollkommen richtig weist er darauf hin, daß die Bildung der Rechtsbegriffe durch gesell-